

Zeltweger

Nummer 117

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
19A041806 E

NACHRICHTEN

Ausgabe 117, März 2020

Zeitung der **KPÖ ZELTWEG**

www.kpoe-steiermark.at

Informationsblatt der Steirischen KPÖ – Österreichisch Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 19A041806 E Aufgabe PA: 8720

Was hat die KPÖ in den letzten Jahren getan?

Am 22. März wird ein neuer Gemeinderat gewählt. Es liegt an den WählerInnen zu entscheiden, welche Partei wie stark im künftigen Gemeinderat vertreten ist.

Wir wollen mit dieser Zeitung einen Rückblick geben: Über unsere Tätigkeit im Gemeinderat und in der Region und wie wir in wichtigen Fragen Stellung bezogen haben.

Damit wollen wir in Erinnerung rufen in welchen Bereichen wir aktiv waren und welche Fragen in den letzten Jahren wichtig für unsere Region waren.

Wir hoffen dieser Rückblick ist eine Hilfestellung bei Ihrer Wahlentscheidung.

Ihre KPÖ GemeinderätInnen Peter Lorberau und Maria Wiesenegger



Fest zum Internationalen Frauentag



Gedanken zum Internationalen Frauentag

So. 8. März 2020

Pfarrsaal, Kirchengasse 7, Knittelfeld
Beginn: 17.00 Uhr

Eintritt: 5 €, Vorverkauf, 6.50 € Abendkasse

Vorverkauf: Steiermärkische Sparkasse, Hauptplatz, Knittelfeld,
KPÖ-Knittelfeld: Tel.: 03512/8 22 40

*Für Speisen und Getränke ist gesorgt
Auch Männer sind herzlich willkommen!*

Wir laden Sie herzlich ein!

KPÖ wirkt!

Grundsätzliches zum Gemeinderat



Der Zeltweger Gemeinderat

Der Zeltweger Gemeinderat hat 25 Mitglieder. Die SPÖ hat 11 Mandate und bei der letzten Gemeinderatswahl die absolute Mehrheit verloren. Die ÖVP hat sechs, die FPÖ fünf, die KPÖ zwei und die Grünen ein Mandat.

Wir bringen Ideen und Vorschläge ein. Um etwas umsetzen zu können ist eine Mehrheit, und somit die Zustimmung von anderen Fraktionen nötig. Deshalb braucht es oft viel Geduld und einen langen Atem um etwas durchzusetzen - **aber wir sind hartnäckig.**

Wer bezahlt die Gemeindevorhaben?



Vor den Gemeinderatswahlen werden Zeitungen verschickt. Über vergangene und zukünftige Gemeindevorhaben und hohe Investitionssummen

wird informiert. Es wird dargestellt, wie viel für die Gemeinde geleistet wurde.

Oft sind das aber Projekte, deren Durchführung ohnehin dringend erforderlich war. Beinahe entsteht der Eindruck, als wären das alles Geschenke an die ZeltwegerInnen.

Wie finanziert sich eine Gemeinde?

Die Haupteinnahmen einer Gemeinde bestehen aus den Gebühren, die von den GemeindebürgerInnen eingehoben werden und den Ertragsanteilen. Der Bund hebt Steuern ein und verteilt diese nach einem bestimmten Schlüssel an Bund, Länder und Gemeinden. Diese Einnahmen werden Ertragsanteile genannt und machen den Löwenanteil der Gemeindeeinnahmen aus.

Massensteuern liefern den Löwenanteil

Die wesentlichsten Steuereinnahmen des Bundes kommen aus Massensteuern, wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer. Hingegen ist der Anteil, den die Besteuerung von Vermögen und Gewinnen zum Steuerkuchen beiträgt in den vergangenen Jahren ständig gesunken.

Die arbeitenden Menschen bezahlen sich die Leistungen, die in Bund, Land und Gemeinden erbracht werden durch ihre Steuerzahlungen selbst.

Vermögen und Gewinne müssen viel stärker besteuert werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Damit die Gemeinden in der Lage sind für ihre BewohnerInnen ein lebenswertes Umfeld zu schaffen müssen sie genügend Mittel bekommen. Wir meinen diese Gelder dürfen aber nicht aus den Taschen der ar-

beitenden Menschen kommen. Gäbe es eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Gewinnen hätten alle Gemeinden genügend Geld.

Viele GemeindefunktionärInnen bekommen Bezüge

Der Gemeinderat beschließt das Gemeindebudget und alle wichtigen Vorhaben. Er wählt auch den Bürgermeister. Neben dem Bürgermeister gibt es auch andere Gemeinderatsfunktionen. Diese sind mit einem monatlichen Bezug verbunden. Bei den Ausschussvorsitzenden bestimmt der Gemeinderat die Höhe des Einkommens. Bei den anderen Funktionen regelt das ein Landesgesetz.

Die Höhe der Bezüge, gerundet, monatlich, brutto 14 x im Jahr

Bürgermeister	5.805 €*
1. und 2. Vizebürgermeister je	1.742 €
Finanzreferent	1.742 €
1 Stadtrat	1.161 €
7 Ausschussvorsitzende je	1.161 €
*Für BürgermeisterInnen, die keinen zusätzlichen Beruf ausüben, erhöht sich ihr Bezug um 25%, das sind in Zeltweg 7.256 €.	

Es gibt sicher GemeindefunktionärInnen, die engagiert sind und gute Ideen haben - aber die Bezahlung ist jedenfalls sehr hoch!

Gegen hohe Politeinkommen

2014 wurden die Bezüge der GemeindepolitikerInnen stark angehoben. Wir haben im Landtag gegen diesen kräftigen Anstieg gestimmt und die Öffentlichkeit informiert.

Wir sind die einzige Partei, die die Bezüge der Zeltweger GemeindepolitikerInnen veröffentlicht. In der ersten Sitzung des neuen Zeltweger Gemeinderats haben wir den Antrag gestellt die Bezüge der Ausschussvorsitzenden von 20 auf 10 Prozent des Bürgermeisterbezuges zu senken. Der Antrag wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt.

Wie ist das bei der KPÖ?

In der KPÖ gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 €

Die PolitikerInnenbezüge sind zu hoch. Wie sollen PolitikerInnen die Probleme der Menschen nachvollziehen können, wenn sie sich mit ihren Einkommen von ihren WählerInnen abheben?

Aber wir kritisieren nicht nur, wir geben auch das persönliche Beispiel. Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat. Alles darüber hinaus wird in den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Der KPÖ-Sozialfonds



KPÖ-Mitarbeiter Josef Menszlenyi, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber.

Wir führen Sozialsprechstunden und Beratungen durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Die KPÖ hat nur zwei Landtagsabgeordnete. Sie geben jedes Monat mehr als 5.000 Euro in den Fonds - aber mit diesen Einzahlungen müssen wir die gesamte Steiermark abdecken. Deshalb können wir nur kleine Beträge geben. Die Lebensbedingungen vieler Menschen sind so karg, dass sogar eine Spende von 30 Euro eine große Hilfe ist. Die großen Unterschiede zwischen arm und reich in unserem Land sind eine soziale Schande.

**„Reichtum ist wie Mist:
Auf einem Haufen stinkt er.
Aber gut verteilt kann er
Österreich zum Blühen bringen.“**

Caritas Präsident Michael Landau

KPÖ-Sozialfonds Murtal

Seit Oktober 2005 gab es 2.242 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 122.923 Euro unterstützt wurden.

Differenzen um Vorsitz im Prüfungsausschuss

Der kleinsten Gemeinderatsfraktion steht der Vorsitz im Prüfungsausschuss zu. In der Gemeinde Zeltweg sind die Dinge allerdings komplizierter.

Nachdem Sylvia Hartleb von der Grünen Bürgerliste ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat, wurde Anton Hartleb ihr Nachfolger. Daher erfolgte am 6. August 2015 die Neuwahl des Vorsitzes des Prüfungsausschusses. Zum Zeitpunkt der Wahl lag kein Wahlvorschlag der Grünen Bürgerliste vor.

Laut Gemeindeordnung geht in solchen Fällen das Vorschlagsrecht auf die zweitschwächste Partei über. Das ist die KPÖ. So wurde Gemeinderat Peter Lorberau zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt. Diese Wahl erfolgte ordnungsgemäß. Sie wurde nicht angefochten und ist daher rechtskräftig.

Nach einiger Zeit hat die Grüne Bürgerliste den Vorsitz wieder für sich beansprucht. Ob die schwächste Fraktion den Vorsitz wieder übernehmen darf, auch wenn es bereits einen ordentlich gewählten Obmann gibt, ist in der Gemeindeordnung nicht geregelt. Darüber gibt es verschiedene Rechtsmeinungen.

Auf Aufforderung des Landes hat GR Lorberau den Antrag zur Neuwahl des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt. Für den Antrag stimmte GR Hartleb, die anderen GemeinderätInnen lehnten eine Neuwahl ab. GR Lorberau enthielt sich der Stimme. Damit bleibt er Obmann des Prüfungsausschusses.

Der Prüfungsausschussbezug wird zu 100 % abgeliefert

Unser Gemeinderat Peter Lorberau bekommt als Obmann des Prüfungsausschusses einen monatlichen Nettobezug von 1.116 Euro, 14 mal im Jahr.

Dieser Bezug wird zu 100 Prozent an die KPÖ-Knüttelfeld-Zeltweg abgeliefert. Damit finanzieren wir unsere Gemeinderatstätigkeit, die Zeltwegger Nachrichten oder Veranstaltungen.

WÄHLERVERZEICHNIS GR - WAHL 2020	2901	35	16,00-
Stadtgemeinde Spielberg			
VIVZ 7D20 KPÖ	2901	36	30,00-
Stadtgemeinde Zeltweg			
SPENDE	2901	34	30,00-
AGV "STAHLKLANG-NEU" Zeltweg			
REN 970063	2901	38	1.572,02-
Gutenberghaus Druck GmbH			
GEHALT 2/20	3001	39	1.116,58
STADTGEMEINDE ZELTWEG			
Herr/Frau/Firma	*** FOLGEBLATT ***		
Kommunistische Partei			
KPÖ Knüttelfeld			

KPÖ: sozial – gerecht – für Euch

Wohnunterstützung

Die SPÖ/ÖVP Landesregierung hat die Wohnbeihilfe durch die viel schlechtere Wohnunterstützung ersetzt. Dagegen ist die KPÖ erfolgreich aktiv geworden.



Wir haben - auch in Zeltweg - Unterschriften gesammelt. Wir haben Protestkundgebungen organisiert und waren im Landtag und in den Gemeinderäten aktiv.

Im Zeltweger Gemeinderat haben wir den Antrag gestellt, der Gemeinderat solle vom Land die Rücknahme der Verschlechterungen fordern. Obwohl die Verschlechterungen für Menschen mit kleinem Einkommen ein großes Problem waren, haben SPÖ, ÖVP und FPÖ unseren Antrag abgelehnt.

Genauso wie wir durch Hartnäckigkeit die Abschaffung des Regresses erreichen konnten, haben wir letztendlich auch hier Verbesserungen durchgesetzt.

Uns ist kein Thema zu klein



Oft sind es die nur scheinbar „kleinen Dinge“, die wichtig für das Wohlbefinden sind. Wenn uns Dinge auffallen oder an uns herangetragen werden bringen wir sie in den Gemeinderat.

Ein Beispiel: Der hervorstehende ➔

➔ Kanaldeckel am Gehsteig Linderweg war eine „Stolperfalle“. Wir haben das in den Gemeinderat eingebracht. Das Problem wurde behoben.

Ärztmangel - Zwei Klassen Gesellschaft

Die ärztliche Versorgung ist auch bei uns ein Problem. Zum Beispiel gibt nur mehr einen Frauenarzt mit Kassenvertrag, der keine Patientinnen mehr nimmt. Mehrere Hausarztstellen sind unbesetzt. Das Land plant drastische Kürzungen bei den Kassenarztstellen.



Wer es sich leisten kann, kann auf WahlärztInnen ausweichen. Wer kein Geld hat bleibt auf der Strecke. Wir machen die Probleme im Gesundheitssystem zum Thema.

Erst durch unsere Diskussionsveranstaltung wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass das Bereitschaftsärztesystem massiv verschlechtert wird. In unserer Gemeindezeitung haben wir angeregt, dass der Sozialhilfeverband Menschen mit geringem Einkommen bei den Wahlarztkosten unterstützen soll.

Einladung zur Diskussion

Unser krankes Gesundheitssystem

mit

Martin Schriegl-Rümmele

Gesundheitsjournalist

KPÖ-Klubobfrau

Claudia Klimt-Weithaler

Di. 17.3.2020

Beginn: 18.00 Uhr
Resti in Fohnsdorf
Josefiplatz 3

Krisenwohnung

In unserer Region gibt keine Schutzwohnungen wohin Frauen vor Gewalt fliehen können und betreut werden. Wir konnten erreichen, dass es in Zeltweg wenigstens eine Krisenwohnung gibt, in der Menschen bei vorübergehenden Wohnproblemen einziehen können.

Frauen - noch immer benachteiligt



Nelkenverteilung zum Internationalen Frauentag

Es ist empörend wie viel Ungleichheit immer noch besteht. Frauen erledigen den Hauptanteil an Kindererziehung und Hausarbeit, haben die schlechteren Aufstiegschancen und werden schlechter bezahlt.

Jedes Jahr veranstaltet die KPÖ ein Fest zum Internationalen Frauentag und verteilt Nelken um die Frauen an ihre Rechte zu erinnern. Wir haben den Antrag gestellt, dass Wirtschaftsförderungen der Gemeinde sollen nur mehr an Betriebe ausgezahlt werden, die Männer und Frauen gleich bezahlen. Unser Antrag wurde umgesetzt.

Hingegen wurde unser Antrag, der Gemeinderat solle sich für das Frauenvolksbegehren aussprechen und das Volksbegehren mit einem Artikel in der Gemeindezeitung unterstützen unverständlicherweise von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

.....
Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld.
 F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher.
 Druck: Gutenberghaus Knittelfeld.

Gemeindewohnungen: Das Eigentum der ZeltwegerInnen darf nicht verscherbelt werden!



**Eine Gemeinde ohne
eigene Wohnungen ist wie
ein Auto ohne Räder!**

Eine der wichtigsten Fragen für Zeltweg ist der Erhalt der Gemeindewohnungen in Gemeindeeigentum.

In der vergangenen Gemeinderatsperiode wollte die SPÖ über eine abenteuerliche Konstruktion die Grundstücke, auf denen die Wohnungen stehen, verkaufen. Diese Konstruktion wurde vom Land untersagt. Dann versuchte die SPÖ den Verkauf der Wohnungen durchzubringen.

SPÖ und FPÖ waren bereit das „Familiensilber zu verkaufen. Aber schließlich gab es im Gemeinderat nicht die nötige Zweidrittel-Mehrheit dafür.

ÖVP: Wahlversprechen gebrochen

In der jetzigen Gemeinderatsperiode war - entgegen ihrem Wahlversprechen - auch die ÖVP dafür die Wohnungen zu verkaufen. Der Bürgermeister wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beauftragt den Verkauf der Wohnungen vorzubereiten. Ein rund 30.000 Euro teures Verkehrswertgutachten wurde in Auftrag gegeben.

Seitdem wurde es still um die Verkaufspläne. Ob nicht weiterhin im Hintergrund an Verkaufsplänen geschmiedet wird wissen wir nicht.

Die KPÖ hat diesen Plänen eine klare Absage erteilt und die Bevölkerung in einer Veranstaltung mit KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und Ernest Kaltenegger über den Schaden der durch einen Verkauf entsteht informiert. ➔

➔ Am Beginn der Sozialdemokratie, als die SPÖ noch nah bei den Sorgen und Nöten der Menschen war, wurde der soziale Wohnbau eingeführt.

Damals war der SPÖ noch klar, dass die Versorgung mit leistbarem Wohnraum eine wichtige soziale Aufgabe ist und es Gemeindewohnungen geben muss um diese Aufgabe überhaupt erfüllen zu können. Es wäre ein sozialpolitischer Wahnsinn die Wohnungen zu verkaufen.



Schulsanierung gegen Wohnungsverkauf ausgespielt

Die Notwendigkeit zum Verkauf der Gemeindewohnungen wurde damals damit begründet, dass die Gemeinde das Geld zur Sanierung der Volksschule und der Neuen Mittelschule braucht.

Wir sind der Meinung es ist schlimm, wenn menschliche Grundbedürfnisse wie Wohnen und Bildung gegeneinander ausgespielt werden. Für beides müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Nachtrag: Inzwischen wurden die Aufträge zur Schulsanierung vergeben, die Finanzierung ist gesichert, die Gemeindeverantwortlichen loben sich immer wegen der guten Budgetentwicklung - das alles war möglich ohne die Gemeindewohnungen zu verkaufen.

Kostenlose Mietrechtsberatung



In unserem Büro in Knittelfeld in der Friedensstraße 10 werden MieterInnen kostenlos in Fragen des Mietrechtes beraten.

Gegen hohe Gebühren und automatische Anhebung

Die Zeltweger Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr sind sehr hoch.



Im Jahr 2011 wurden die Tarife für Wasser und Kanal mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angehoben. Nur ein Jahr später wurden die Gebühren mit den Stimmen der SPÖ abermals erhöht. Wasser und Kanal um über 30 Prozent, Müll um fünf Prozent.

Bereits 2013 folgte die nächste Erhöhung. 2014 wurden die Müllgebühren gesenkt. Eine Reduzierung ausgehend von einem hohen Preisniveau.

2016 wurde der Beitrag für die Kinderkrippe empfindlich erhöht. Der Preis für die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule wurde für den ersten und zweiten Betreuungstag gesenkt, ab dem dritten, vierten und fünften Tag aber angehoben.

Zusätzlich wurde beschlossen, dass künftig die Tarife automatisch erhöht werden, sobald der Verbraucherpreisindex um fünf Prozent gestiegen ist. Nur die KPÖ hat gegen Preiserhöhung und Erhöhungsautomatik gestimmt.

Wir waren der Meinung der Gemeinderat müsse nach wie vor die Möglichkeit haben zu beraten ob eine Erhöhung auch sozial verträglich ist und dann entscheiden. Mit einer Indexklausel fällt das alles weg.

2018 haben wir als einzige Fraktion gegen die Erhöhung des Preises von „Essen auf Rädern“ gestimmt. Auch die saftige Erhöhung der Musikschultarife war für uns nicht nachvollziehbar.



Den Menschen fällt es immer schwerer mit ihrem Einkommen auszukommen. Gleichzeitig gibt es Steuergeschenke für Konzerne und Superreiche, Steueroasen und Briefkastenfirmen. Wir stellen die Frage, warum immer nur die breite Masse der Bevölkerung belastet wird?

Ehrlich - kompetent - konsequent

Für Frieden und Neutralität gegen Rüstung und Airpower



Die KPÖ setzt sich konsequent für Neutralität und Frieden ein und ist gegen Aufrüstung. Das Aichfeld wird immer mehr zur Militärregion.

Früher gab es in der ATB in Spielberg die meisten Arbeitsplätze in der Region. Heute hat der Fliegerhorst Zeltweg die meisten Beschäftigten. Das ist keine gute Entwicklung.

Katastrophenschutz statt Fliegerschmutz

Wir meinen, es wäre besser gewesen die Milliarden für Eurofighter und Flughafenumbau für zivile Projekte zu verwenden. Statt der Umrüstung der bestehenden oder den Ankauf neuer Abfangjäger sind wir für die Umstellung des Fliegerhorstes auf Katastropheneinsätze. Die werden leider in Zukunft immer häufiger notwendig sein.

Wir sind gegen die klimaschädigende Rüstungsshow Airpower und haben die „Peacehour statt Airpower“ mitveranstaltet.

Unser Antrag kein Steuergeld für die Airpower zu verschwenden wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ kommentarlos abgelehnt.

Finanzskandal: Vergleich abgelehnt

Der Zeltweger Finanzskandal beschäftigte den Gemeinderat auch in dieser Gemeinderatsperiode.

Zur Erinnerung: Prüfer des Landes kamen zum Schluss, dass sämtliche Rechnungsabschlüsse der Jahre 2005 bis 2009 fingiert gewesen sind. Durch Malversationen (Betrug, Unterschlagung) bei den Darlehen und Falschbuchungen

kam es für die Gemeinde zu einem Schaden von 1,16 Millionen Euro.

In allen Stellungnahmen behauptete die SPÖ, dass es sich beim Finanzskandal um das Fehlverhalten einer Einzelperson (ehemaliger Finanzamtsleiter) gehandelt habe. Die Verurteilung von drei führenden SPÖ-Gemeindefunktionären und dem Stadtamtsleiter macht klar, dass diese Darstellung falsch ist.



2017 lag vom verurteilten Ex-Bürgermeister Kurt Haller ein Vergleichsangebot in Höhe von 130.000 Euro vor. Die Vergleichssumme hätte nur einen Bruchteil der

Schadenssumme ausgemacht. Die SPÖ wollte zustimmen. Das Angebot wurde - auch auf Betreiben der KPÖ - nicht angenommen.

Die Annahme dieses Vergleichs wäre das falsche Signal an die Bevölkerung. Wer einen Schaden in Millionenhöhe verursacht, sollte nicht mit einer viel geringeren Abschlagszahlung davonkommen.

Nachtrag: Auch wenn der Finanzskandal schon mehrere Jahre zurückliegt, sind die Folgen (Kürzungen, geringere Subventionen) für die ZeltwegerInnen immer noch spürbar.

Bordellwerbeverbot

Auf Antrag der KPÖ wurde im Landtag beschlossen, dass Werbung für Bordelle und bordellähnliche Einrichtungen auf Plakatflächen, in Radio und Fernsehen verboten ist.

In Zeltweg gab es an mehreren Orten verschiedene Werbeflächen. Es geht um die Würde der Frau. KPÖ-GR Maria Wiesenegger hat im Gemeinderat gefordert, dass die Gemeinde etwas unternehmen soll. Daraufhin wurde die Gemeinde aktiv. Die Anzahl der Werbeflächen hat sich deutlich reduziert.

Minex - viele offene Fragen

Das Vorhaben der Firma Minex in Zeltweg ein Verhüttungswerk zu bauen hat uns immer wieder beschäftigt.

Gegen das Projekt gibt es bis heute massive Bedenken. Eine sehr aktive Bürgerinitiative ist entstanden. Mehrmals hat der Trofaiacher KPÖ-Gemeinderat und Verfahrenstechniker Ao.Prof. DI Dr. Christian Weiß, der die Umweltverträglichkeitsprüfung begleitet hat, in unserer Zeitung Stellung genommen.

Prof. Dr. Weiß war auch einer der ersten, der 2015 auf eine mögliche Asbest-Belastung des Gesteins hingewiesen hat. Er hat das Fehlen von mineralogischen Gesteinsanalysen kritisiert. Die Frage nach der Deponierung von nicht verwertbaren Materialien ist bis heute ungeklärt.

Bis jetzt sind die Verfahren, trotz vor kurzem aufgetauchter neuer Erkenntnisse - im Sinne der Firma Minex ausgegangen. Noch sind nicht alle Rechtsmittel ausgeschöpft, der endgültige Ausgang ungewiss.

Sollte das Werk gebaut werden, müssen strenge Auflagen zum bestmöglichen Schutz der Bevölkerung vorgeschrieben werden, z.B. Regelmäßige Kontrollen aller Abluftströme. Probenahme und Analysen sollten unbedingt von einem unabhängigen Fachinstitut durchgeführt werden. Die Untersuchungsergebnisse sind verpflichtend in geeigneter Form der

Asbestdeponie

In Fischening wird eine Deponie für Abfallstoffe, darunter auch Asbestabfälle, geplant. Viele Menschen sind besorgt, eine Bürgerinitiative ist entstanden. Mit Abfallstoffen ist viel Geld zu machen. Je gefährlicher der Abfall, desto größer der Profit. Die Entsorgung von Abfallstoffen sollte deshalb nur durch die öffentliche Hand erfolgen.

Heizkostenzuschuss erreicht

Im Jahr 2015 wurde auf Initiative der KPÖ ein Heizkostenzuschuss eingeführt.



Menschen mit geringem Einkommen können einmal im Jahr einen Zuschuss von 50 Euro beantragen. Auf unsere Anregung hin wurden die Informationen über die Voraussetzung des Anspruchs auf die Homepage der Gemeinde gestellt.

Für höhere Sportsubventionen



In der vorherigen Gemeinderatsperiode wurden die Sportsubventionen als Folge des Finanzskandals gekürzt.

Wir sind der Meinung die Tätigkeit der Sportvereine ist wichtig für die Lebensqualität in unserer Stadt. Deshalb haben wir damals den Antrag gestellt die Kürzungen rückgängig zu machen. Unser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Auch in der jetzigen Gemeinderatsperiode gibt es immer wieder Diskussionen über die Sportsubventionen. Die ÖVP hat regelmäßig die Forderung erhoben die Sportsubventionen zu senken. Das haben wir immer strikt abgelehnt.

Wir meinen die Subventionen müssten dringend angehoben werden. Denn allein, dass die Subventionen in den letzten Jahren nicht erhöht wurden, bedeutet angesichts der Teuerung real eine Kürzung.

Nein zur Privatisierung der Musikschule

Es gab Vorbesprechungen aller Gemeinderatsfraktionen über die Zukunft der Musikschule. Dabei wurden auch Pläne die Zeltweger Musikschule aufzulösen und an private Betreiber zu übergeben vorgestellt.



Die KPÖ hat sich gegen jede Privatisierung der Zeltweger Musikschule ausgesprochen. Die musikalische Bildung und Erziehung von Kindern ist ein wichtiger Bildungsauftrag für unsere Gesellschaft.

Dieser Bereich darf nicht für private Profitinteressen geöffnet werden. Besonders Gemeinden mit einem Bevölkerungsrückgang haben Schwierigkeiten die laufenden Musikschulkosten zu tragen. Deshalb braucht es Unterstützung von Land und Bund - aber keine Privatisierung.

Tierschutzvolksbegehren



Eine tiergerechte Landwirtschaft, Kennzeichnung von Lebensmitteln und mehr Transparenz für KonsumentInnen sind einige der Forderungen. Die KPÖ unterstützt das Tierschutzvolksbegehren. Mehr Informationen auf: tierschutzvolksbegehren.at

1.700 € Mindestlohn

Um ein gutes Leben zu haben müssen die Menschen genügend verdienen.

Deshalb haben wir den Antrag gestellt, der Zeltweger Gemeinderat solle vom Bund die Einführung eines Mindestlohns von 1.700 € verlangen. Diese Forderung hat auch die SPÖ im Wahlkampf massiv erhoben. Deshalb ist es für uns unverständlich, dass unser Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ und GRÜNEN abgelehnt wurde.

Für den Erhalt der Betriebskrankenkasse

Mit der Zusammenlegung der Krankenkassen in die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) haben ÖVP, FPÖ und NEOS auch die Zeltweger Betriebskrankenkasse zerschlagen.

Die Zusammenlegung der Krankenkassen ist eine Enteignung der Versicherten. Die neue ÖGK ist so aufgebaut, dass nun die Wirtschaftsvertreter zusammen mit der Regierung die Mehrheit haben. So hat künftig die Wirtschaft das Sagen.

Der Zeltweger Gemeinderat hat sich auf Initiative der KPÖ im vergangenen Jahr in einer Resolution an den Bund für den Erhalt der Betriebskrankenkasse ausgesprochen.

Weil die Betriebskrankenkasse so wichtig ist, haben wir später den Antrag gestellt, die Stadtgemeinde solle an alle Nationalratsparteien appellieren, dass sie die Erhaltung der Betriebskrankenkassen bei der Bildung einer neuen Regierung zur Koalitionsbedingung machen.

Der Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ eine Mehrheit. ÖVP, FPÖ und Grüne waren dagegen. Leider haben die Grünen die Frage der Betriebskrankenkassen nicht in Regierungsverhandlungen eingebracht. Die Auflösung ist nun besiegelt - ein großer Schaden für alle Versicherten.

Lärm - ein großes Problem



Das Aichfeld hat ein massives Lärmproblem. Die Eurofighter sind nur eine

der vielen Lärmquellen.

Lärm ist eine große Belastung und gefährdet die Gesundheit. Schon sehr lange fordert die KPÖ einen Flugeinsatzplan zur Beschränkung des Eurofighterfluglärms. Wir haben in unserer Zeitung eine Lärmkarte veröffentlicht, die verdeutlicht, wie stark die Lärmbelastung durch den Red Bull Ring ist.

Kinderland Maskenball



Auch diesmal war der Kinderland Maskenball wieder ein tolles Erlebnis für Jung und Alt.

Kinderland-Zeltweg bedankt sich herzlich bei allen MitarbeiterInnen, die zum guten Gelingen beigetragen haben.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die nächste Gemeinderatsperiode:



GR Peter Lorberau
geb. 1949, Pensionist



GR Maria Wiesengger
geb. 1970, Wirtin



Erwin Schinnerl,
geb. 1963, Busfahrer



Patrick Sattler
geb. 1985, Getriebemonteur



Ing. Eduard Krivec
geb. 1949, Pensionist

**Wir
ersuchen
um Ihr
Vertrauen!**